Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

34 (9.2.1918)

Visual Library

No. 34. Karlsruhe, Samstag den 9. Februar 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.10 M, ¼jährl. 3,30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M; durch die Post 1,24 M bezw. 3,72 M; durch die Feldpost 1,25 M bezw. 3,60 M, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. **Geschäftszeit:** ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. **Fernspr.:** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — **Druck u. Verlag:** Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine unterzeichnet.

Brest-Litowsk, 9. Februar. Heute, am 9. Februar, 5 Uhr morgens, wurde der Friede zwischen dem Vierbund und der Ukrainischen Republik unterzeichnet.

Die Nachricht von dem Abschlusse des Sonderfriedens mit der ukrainischen Volksrepublik wird in Deutschland mit Freuden aufgenommen werden, ist doch damit der größte und wichtigste Staat Rußlands in ein freundschaftliches Verhältnis zu uns getreten. Das Ereignis ist für die Mittelmächte insofern bedeutungsvoll, weil die Ukraine als die Kornkammer Europas anzusprechen ist und bei den Verhandlungen auf sofortige Anknüpfung von Handelsverbindungen Wert gelegt wurde. Dies bietet Gewähr dafür, daß die ukrainische Regierung ein dauerndes Friedensverhältnis mit uns schließen will. Die Ukraine ist das südöstliche Grenzland des alten polnischen Reiches, das den größten Teil Kleinrußlands ausmacht. Es handelt sich also um einen bedeutenden Staat, der als erster mit Deutschland Friede schließt.

Die Frage ist jetzt die, wie sich die Verhältnisse in den übrigen russischen Staaten entwickeln, in denen es zurzeit drunter und drüber geht. In Petersburg selbst herrscht Hungersnot und Anarchie und man weiß nicht recht, auf welche Fundamente sich Herr Trotzky eigentlich stützen will bei seinem fortgesetzten Sträuben, in die dargebotene Hand ebenfalls einzuschlagen. Etwas Genaues weiß man nicht, aber es liegt so in der Luft, daß man wohl lange Berichte über Verhandlungen mit der Petersburger Regierung zunächst nicht mehr zu lesen bekommen wird, wenn sich dieselbe nicht schnellstens eines besseren besinnt und einlenkt. Was die nächsten Tage bringen, weiß man nicht. Aber nach allem, was man hört und liest, stehen wir im Osten vor neuen Ereignissen, mögen sie Krieg oder Frieden heißen.

Erst letzter Tage schrieb die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

„Mit der Ukraine schreiten die Verhandlungen in gutem Tempo weiter fort. Gelingt es, einen Abschluß mit der Ukraine zustande zu bringen, so kann die Entwicklung der Friedensverhandlungen mit Herrn Trotzky uns gleichgültig sein. Verscherzt sich Herr Trotzky durch mangelnden Friedenswillen seinerseits die letzte Möglichkeit, die ihm für einen Frieden und damit für eine Erlösung des unter dem Kriege zusammenbrechenden Rußlands gegeben ist, so werden nicht die Mittelmächte, sondern Trotzkys eigene Partei und das aus tausend Wunden blutende russische Volk die Rechnung zu bezahlen haben."

Die deutsche Regierung scheint also damit zu rechnen, daß es mit dem Abschluß des Friedens mit der Ukraine zugleich zum Abbruch der Verhandlungen mit Trotzky kommen wird. Es mag aber sein, daß die Petersburger Regierung sich zu einem größeren Entgegenkommen an die Vorschläge der Mittelmächte bereit findet, wenn sie erkennen muß, daß es ihr unmöglich ist, ihre Herrschaft über die Ukraine durchzusetzen.

Die Verhandlungen mit Trotzky.

Brest-Litowsk, 8. Febr. Staatssekretär **v. Kühlmann** und Graf **Czernin** sind am Mittwoch abend hier wieder eingetroffen. Am Donnerstag vormittag hielt die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen eine erneute Sitzung ab. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung, auf der die Fortsetzung der Besprechung über die Frage der Beteiligung polnischer Vertreter an den Friedensverhandlungen stand, erhob **Trotzky** Einspruch gegen die, wie er meinte, in der deutschen, österreichisch-ungarischen Presse sehr gut organisierte Campagne, die den Zweck verfolge, der russischen Delegation die Verschleppung der Friedensverhandlung vorzuwerfen. Eine Verantwortung für diese Verschleppung falle nicht auf die russische Delegation. Gerade der Vorsitzende der deutschen Delegation habe eine theoretische Erörterung der verschiedenen Fragen gewünscht.

Staatssekretär **v. Kühlmann** erwiderte hierauf, die deutsche Presse habe sich aus den öffentlichen Verhandlungsberichten ihr eigenes Urteil bilden können, und wenn dieses der russischen Delegation nicht gefalle, so stehe es der russischen Presse vollkommen frei, die von ihr für richtig gehaltenen Ansichten zu verfechten. Er müsse jedenfalls jede Unterstellung, als wären die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen für eine Verschleppung der Verhandlung verantwortlich, auf das nachdrücklichste zurückweisen. Allerdings sei es unbedingt notwendig gewesen, die zur Erörterung gestellten Fragen auch von der theoretischen Seite aus zu beleuchten. Wäre eine Einigung über die theoretischen Punkte erzielt worden, so wäre man einer befriedigenden Lösung der gemeinsamen Aufgabe sehr nahe gekommen. Er glaube, daß es den Wünschen des Herrn Trotzky entspreche, wenn in einer der nächsten Sitzungen die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen zusammengefaßt würden.

Graf **Czernin** erklärte, daß auch die österreichische und ungarische Presse ihre Anschauung über die Haltung der Bolschewiki ohne Beeinflussung durch die Regierungen äußere.

Es folgte eine Auseinandersetzung über die Vorzensur. Staatssekretär **v. Kühlmann** wies darauf hin, daß es auch in Deutschland keine Vorzensur gebe und daß in Deutschland Angriffe auf die Auswärtige Politik und ihre Träger nicht zum Verbote deutscher Zeitungen zu führen pflegten.

Hierauf wurde auf Antrag des Herrn Trotzky das Wort dem Mitglied der russischen Delegation Bobinski als Sachverständigen für polnische Angelegenheiten erteilt.

Bobinski verlas seine Aufzeichnungen in russischer Sprache, die von seinem Genossen Radek in deutscher Sprache wiederholt wurden. Die beiden Herren bezeichneten sich als die einzigen berufenen Vertreter des polnischen Volkes, forderten die sofortige Entfernung der jetzigen Regierungsorgane in Polen und ergingen sich in Anklagen gegen die bisherige Entwicklung der Unselbständigkeit Polens. Bobinski und Radek beriefen sich auch auf die in der deutschen und der österreichisch-ungarischen Armee kämpfenden Polen.

Staatssekretär **v. Kühlmann** richtete die kurze Frage an den Vorsitzenden der russischen Delegation, ob das eben verlesene Dokument als eine offizielle Mitteilung der russischen Abordnung anzusehen sei.

Trotzky entgegnete, die eben vorgetragenen Ansichten seien natürlich nur in denjenigen Grenzen gültig, welche die russische Delegation bei Beginn der gegenwärtigen Verhandlungen festgesetzt habe und innerhalb dieser Grenzen seien sie als offizielle Erklärung anzusehen. Was über diese Grenzen hinausgehe, sei nur als informierendes Material zu betrachten.

Staatssekretär **v. Kühlmann** gab hierauf folgende Erklärung ab:

„Ich finde es merkwürdig, daß in derselben Sitzung, in welcher der Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten den Vorwurf weit von sich weist, daß er die Verhandlungen verschleppe, er uns durch ein Mitglied seiner Delegation Ausführungen von dieser Länge vorlesen läßt, für welche er dann halb und halb die Verantwortung ablehnt. Mir hat die eben verlesene Darlegung den Eindruck gemacht, daß sie durchaus zum Fenster hinaus gesprochen ist. Und wie der Herr Vorsitzende der russischen Delegation zur Auffassung kommt, daß durch derartige rein agitatorische Volksreden dem Fortschritt unserer Verhandlungen gedient werden soll, ist mir vollständig unklar. Ich für meine Person lehne es aufs bestimmteste ab, von Seiten der russischen Delegation irgend welche Erklärungen entgegenzunehmen, welche nicht von vornherein als offizielle Erklärung der Gesamtdelegation gelten. Die Geduld der Vorsitzenden der verbündeten Delegationen wird durch Vorgänge wie die eben gehörten von Seiten der russischen Delegation auf eine sehr harte Probe gestellt und es werden jetzt nicht nur bei der deutschen Presse sehr ernstliche Zweifel darüber entstehen müssen, ob auf Seiten der russischen Delegation wirklich die Absicht vorliegt, die hiesigen Verhandlungen erfolgreich zum Abschluß zu bringen."

General **Hoffmann** protestierte hierauf dagegen, daß Bobinski und Radek sich anmaßen, im Namen von Angehörigen des deutschen Heeres zu sprechen, und nahm die Soldaten des deutschen Heeres polnischer Nationalität aufs energischste in Schutz.

Trotzky entgegnete, er halte die Ansichten und Urteile der im Verband seiner Delegation vertretenen Polen für außerordentlich wichtig für die Stellungnahme seiner Delegation in diesen Fragen.

Staatssekretär **v. Kühlmann** schloß hierauf die Sitzung mit der Bemerkung, daß den Wünschen der russischen Delegation entsprechend in der nächsten Sitzung die Ergebnisse der bisherigen Arbeiten zusammenfassend erörtert werden sollen.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, Amtlich, 8. Febr. 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz. Fast an der ganzen Front war die Gefechtstätigkeit gering. Auf dem östlichen Maas-Ufer bei Bezonvaux und südwestlich von Ornes brachte unsere Infanterie von Erkundungen eine Anzahl Gefangene zurück. Tagsüber blieb die Artillerie in diesem Abschnitt tätig.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Gegen die Anwendung von Giftgasen.

Berlin, 8. Febr. Laut „Berliner Tageblatt" beschloß der Ausschuß des Genfer Roten Kreuzes in seiner gestrigen Sitzung, an die Regierungen aller kriegführenden Staaten eine energische Aufforderung zu richten, in Zukunft auf die Anwendung giftiger Gase zu verzichten.

Wilsons Sonderpolitik.

Bern, 7. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) „Progres de Lyon" meldet aus Neuyork: Nichts, was in Paris gesagt und getan wurde, wird die offene Politik Wilsons hindern. Man würde in Washington nicht überrascht sein, wenn Wilson zur gegebenen Stunde den Regierungen der Mittelmächte persönlich antworten würde.

Eineinhalb Millionen Amerikaner.

Amsterdam, 7. Jan. (WTB. Nicht amtlich.) Nach einem hiesigen Blatte schreibt „Neuyork Sun": Bakers Schätzung, wonach 1918 1½ Million Mann amerikanische Truppen nach Frankreich kommen sollen, stützt sich auf die Versicherung Englands, daß 1 Million Tonnen Extra-Schiffsraumes für die transatlantische Fabrik verfügbar sein würden.

Amerikanischer Truppentransportdampfer torpediert.

WTB. **London,** 7. Febr. (Nicht amtlich.) Reuter meldet amtlich: Der Dampfer „Tuscania" der Anchor-Linie (14 348 BRT.) wurde in der Nacht zum 5. Februar mit amerikanischen Truppen an Bord in der Nähe der irischen Küste torpediert. Im ganzen befanden sich 2397 Personen an Bord. Hiervon wurden 2187 gerettet. Nach den bisherigen Angaben befanden sich unter den Geretteten 76 Armeeoffiziere, 1935 Mannschaften, 16 Schiffsoffiziere und 125 Mann der Besatzung und drei Passagiere, sowie 32 Personen, über die keine näheren Angaben vorliegen.

Die Lage im neuen Rußland.

Die Hungersnot in Petersburg.

Kopenhagen, 8. Febr. Nachdem die telegraphische Verbindung mit Petersburg mehrere Tage unterbrochen war, laufen jetzt wieder Telegramme ein. Aus ihnen geht hervor, daß in Petersburg die Hungersnot den Höhepunkt erreicht hat. Die Lage ist deshalb so ernst, weil jede Hoffnung auf neue Zufuhr und Aufbringung von Lebensmittelvorräten jetzt aufgegeben werden muß, nachdem die Bolschewiki-Anhänger die ganze Stadt auf das sorgfältigste durchsucht haben. Um in den Besitz von Lebensmitteln zu gelangen, scheut niemand mehr jetzt selbst vor Verbrechen zurück. Das ganze Volk erwartet jetzt sehnlichster denn je nur noch von dem Frieden die Besserung.

Blutige Niederlage der russischen Truppen und Roten Garde in Finnland.

Stockholm, 8. Febr. In Finnland erlitten die russischen Truppen und Roten Garden am Dienstag eine blutige Niederlage. Angeblich verloren die Russen 3000 Mann.

Stockholm, 8. Febr. Die finische Weiße Garde beherrscht nunmehr endgültig Tornea. Ein Teil des russischen Militärs ist in Tornea gefangen genommen worden, und der Rest ist entflohen. Kemi soll von den russischen Soldaten geräumt sein. Nordfinnland befindet sich nunmehr wieder in finnischen Händen. Die Eisenbahn von Tornea nach Haparanda ist betriebsfähig.

WTB. **Stockholm,** 8. Febr. (Nicht amtlich.) „Afton Tidningen" berichtet: In Stockholm bildete sich ein Ausschuß zur Anwerbung schwedischer Freiwilliger für Finnland. Es sollen sich bereits zahlreiche Freiwillige, darunter Offiziere, gemeldet haben.

WTB. **Kopenhagen,** 8. Jan. (Nicht amtlich.) „Svenska Dagbladets" Berichterstatter bei der schwedischen Hilfsexpedition meldet aus Maentyluato, daß der Chefredakteur einer großen finnischen Tageszeitung in Helsingfors erschossen wurde. Es ist noch nicht bekannt, ob es sich um Chefredakteur Frenkel vom „Hufvuds Dagbladet" oder Chefredakteur Virkkunen vom „Uusisuometar" handelt.

Verunglückter Urlauberzug.

Köln, 8. Febr. Heute früh fuhr ein Urlauberzug auf einen D-Zug im Rangierbahnhof Köln-Ehrenfeld auf. Das Signal bei dem Urlauberzug war versehentlich auf Fahrt gestellt worden. Infolge des Zusammenstoßes wurden 6 Soldaten des Urlauberzuges und eine Dienstfrau des D-Zuges getötet, sowie etwa 20 Soldaten verletzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ein Jahr uneingeschränkten U-Boot-Krieges.

Von Richard Gädke.

Das erste Jahr uneingeschränkten U-Bootkrieges ging am 31. Januar zu Ende. Wenn der Monat Januar — wie es bisher den Anschein hatte — reichlich die gleiche Strecke versenkter feindlicher und neutraler Handelsschiffe bringen wird wie der letzte Monat des Jahres 1917, so wird die Jahresbeute gegen 9¾ Millionen zerstörten Frachtschiffraumes betragen. Diese Einbuße ist durch Neubauten auch nicht annähernd ausgeglichen worden. Im englischen Unterhause wurde ohne Widerspruch behauptet, daß die deutschen Unterseeboote in den vier Monaten September bis Dezember 1917 nahezu ebensoviel Schiffsraum versenkt hätten, als während des gesamten Jahres gebaut worden sei. Diese Monate haben aber bekanntlich durchschnittlich weit weniger Beute gebracht als die sieben Monate vom Februar bis einschließlich August. Der Marine-Sachverständige des „Daily Telegraph" berechnet die Neubauten Englands vom Januar bis Oktober 1917 nur auf höchstens 1 200 000 Tonnen; dazu wären dann noch die der Neutralen und der übrigen Vierverbandsstaaten, sowie der von ersteren erpreßte Frachtraum zu rechnen. In jedem Falle ist der Verlust an Schiffsraum, der unseren Gegnern zur Verfügung steht, ein außerordentlich hoher, ohne daß er sich mit genauen Ziffern belegen ließe. Die Absicht der Vereinigten Staaten, diesen Mangel durch riesenhafte Ausdehnung ihres eigenen Schiffbaues zu heben, ist eingestandenermaßen ein vollkommener Fehlschlag geworden; ihnen fehlten die Werften, die ausgebildeten Arbeiter, die Rohstoffe und auch die Bemannung für die Schiffe. Die Frage der Bemannung wird auch für England immer brennender; in immer steigendem Maße müssen dort Farbige als Matrosen eingestellt werden.

Indessen die Zahlen allein sprechen kein entscheidendes und überzeugendes Wort. Es kommt vielmehr darauf an, welche Wirkungen die unleugbar große Einbuße unserer Gegner an Schiffsraum auf ihre Kriegführung, ihr Wirtschaftsleben und ihre Nahrungsversorgung ausgeübt hat, inwieweit dadurch ihre Widerstandskraft geschwächt und das Ende des Krieges näher gerückt worden ist.

Daß unser Unterseebootkrieg auf den Landkrieg Einfluß habe, wird von unseren Gegnern zwar bestritten; ihnen gegenüber steht aber die wiederholte Versicherung unserer Heerführer, daß sie allerdings wesentliche Erleichterungen von der Durchführung des uneingeschränkten U-Bootkrieges nicht nur erwartet, sondern auch bereits gespürt hätten. Sie sehen in ihm eine wichtige Hilfswaffe für die Erzwingung der großen Waffenentscheidungen, die dieses Frühjahr uns voraussichtlich noch bringen wird.

Nun ist die Kriegführung Englands zweifellos vom Seeverkehr in hohem Maße abhängig. Die Versorgung seiner Heere in Mesopotamien, Palästina, Mazedonien kann nur zu Wasser sichergestellt werden. Wir sehen aber unsere U-Boote gerade im Mittelmeer in besonders eifriger und erfolgreicher Arbeit. Bereits hat England sich entschlossen, die meisten Sendungen an Ersatz von Menschen, von Kriegsgerät, Schießbedarf und Verpflegung nicht mehr auf dem nahen und bequemen Wege durch das Mittelmeer, sondern auf dem ungeheuren Umwege über Kanada, den Stillen und den Indischen Ozean gehen zu lassen. Aber auch im Mittelmeere selbst fahren die Handelsschiffe schon längst, wie einst im Altertum, nicht mehr die geraden Fahrstraßen, sondern unter dem unmittelbaren Schutze der Küsten und vervielfältigen dadurch die Dauer des Transports. Trotzdem werden zahlreiche Schiffe dauernd von unseren U-Booten versenkt. Daß dies einen verzögernden Einfluß auf den Gang des Krieges ausüben muß, ist ohne weiteres klar. So sehen wir denn auch die Salonikiarmee seit Jahresfrist an die Stelle gebannt; mit kurzen Ausnahmen ist die Kriegführung dort vollkommen eingeschlafen. Das gleiche gilt auch von Mesopotamien; doch mögen hier noch andere Umstände auf den Stillstand des englischen Heeres von Einfluß sein. Aber selbst in Palästina, wo die Verhältnisse noch am günstigsten liegen, vollzieht sich der Vormarsch der Engländer nur ruckweise, in großen Zwischenpausen, woran sicherlich die große Schwierigkeit des Nachschubes die Schuld trägt. Inzwischen naht die heiße Jahrszeit, die alle Bewegungen lahm legt.

Nicht ganz so deutlich mag die Einwirkung des U-Bootkrieges auf den Gang der Dinge an der Westfront vor unseren Augen liegen. Es handelt sich hier um sehr kurze Ueberfahrten zwischen den nahen Küsten von England und Frankreich. Das enge Fahrwasser ist besonders gut durch Minen und Netze, durch Bewachungsfahrzeuge, Torpedoboote und Kreuzer gesichert. Völlig unterbinden wird sich also dieser Verkehr nicht lassen. Aber aus den Mitteilungen des Admiralstabs ersehen wir, daß in den letzten Monaten unsere U-Boote auch in diesem Fahrwasser eine sehr rege und erfolgreiche Tätigkeit ausgeübt haben. Auch hier wurden viele Schiffe mit Kriegsbedürfnissen auf den Grund der See geschickt. Die deutsche Heeresleitung bescheinigt denn auch ausdrücklich, daß sie in den letzten Flandernschlachten bei Cambrai eine Abnahme der Dauer des feindlichen Geschützfeuers wahrgenommen habe. Die frühere Ueberlegenheit der weit überlegenen feindlichen Artillerie ist ganz erheblich herabgesetzt worden. Bei Cambrai verzichteten die Engländer völlig auf ihr bisheriges tage- und wochenlang anhaltendes Trommelfeuer und beschränkten sich auf einen Wirbel weniger Stunden. Wir besitzen aber auch Zahlenangaben, die uns Behinderung des Landkrieges durch den Unterseebootkrieg erläutern können. Im verflossenen Jahre sind 27 feindliche Truppentransporte und 265 Schiffe mit Kriegsmaterial versenkt worden. Unter letzteren befanden sich 97 mit Munition voll beladene Dampfer. Ihr Inhalt hätte genügt, 50 Divisionen zu 15 000 Mann mit Gewehr- und Geschützmunition für einen Monat zu versehen. Daß hier eine stete Sorge für die englische Heeresleitung liegt, ist nicht zu verkennen. In zugespitzter Lage mag es wohl eine für die Entscheidung merkliche Bedeutung gewinnen können. Die englische Zeitschrift „Nation" vom 5. Januar kommt sogar zu der Schlußfolgerung, daß der U-Bootkrieg nicht nur ein bestimmender, sondern überhaupt der alleinige Faktor der ganzen militärischen Lage sei. Wir dürfen nie vergessen, daß neben dem unmittelbaren Verlust wertvoller Ladung die Verzögerung der anderen eine wirksame Bedeutung besitzt. Dazu kommt, daß die verringerte Zahl zur Verfügung stehender Schiffe von Monat zu Monat den Bedürfnissen immer weniger genügt. Nicht nur sein Inhalt, sondern das Schiff selbst geht durch seine Versenkung der Kriegführung dauernd verloren. Ersetzt werden könnte es nur aus dem der Nahrungsversorgung des Landes dienenden Schiffsraum.

Aber dieser verringert sich selbst unaufhörlich und genügt kaum mehr, die Ernährung der Bevölkerung unter Entbehrungen noch gerade zu sichern. In besonders schlimmer Lage ist Italien, seine Kohlenversorgung und damit seine Rüstungsindustrie ist in schwerster Bedrängnis. Es fehlt tatsächlich bereits an dem Notwendigen. Die amtlichen Berichte unseres Admiralstabes haben in den letzten zwölf Monaten die Versenkung von 10 Millionen Zentnern Kohlen gemeldet; die wirkliche Zahl wird ein mehrfaches davon betragen, da nur in seltenen Fällen die Ladung sich einwandfrei feststellen läßt. Auch Frankreich ist auf Zufuhren von Kohle angewiesen; ihr Mangel muß seine kriegerische Rüstung — von den Leiden der Bevölkerung ganz abgesehen — beeinträchtigen. Schlimmer noch ist, daß es Italien an dem notwendigsten Brotkorn mangelt, und daß in den ärmeren Provinzen die Entbehrungen der Hungersnot bereits bedenklich nahe kommen. Frankreich kann nur noch die Hälfte seines Brotkorns auf dem eigenen Boden erzeugen, während der Frachtraum für die andere Hälfte nur teilweise noch vorhanden ist oder von England zur Verfügung gestellt werden kann. Denn es fehlt diesem bereits selbst an der erforderlichen Zahl von Schiffen. Die Weizenvorräte häufen sich in Australien auf und verfaulen dort, der Reis kann aus Indien nicht mehr herangeschafft werden. Alle englischen Zeitungen stellen mit besorgten Worten den wachsenden Mangel im Lande fest, zu dem Brotmangel tritt nun in erschreckendem Maße der Fleischmangel. Ob in England die Zwangsrationierung durchführbar ist und der Not abhelfen wird, ist mindestens sehr zweifelhaft. Denn Rationieren kann man schließlich nur etwas, was im Lande ist, aber nicht, was auf der See schwimmt und täglich und stündlich vom Feinde vernichtet werden kann.

Daß auch in Frankreich und England die Entbehrung für weite Bevölkerungsschichten sogar die ungenügende Nahrungsversorgung ihren Eingang gehalten hat, und daß infolgedessen die Kriegsmüdigkeit wächst, ist über allem Zweifel erhaben. Ob der Mangel bereits das Ende des Krieges in absehbarer Zeit erzwingen kann, wissen wir freilich nicht. Das hängt in hohem Maße von den noch im Lande vorhandenen Vorräten ab und von denen, die trotz unserer U-Boote noch hineinkommen können. Darüber werden kaum Vermutungen möglich sein. Die große Frage ist, ob England und Frankreich bis zur nächsten Ernte aushalten, ob sie die kargen Monate Mai, Juni, Juli überstehen können. Glückt ihnen das so ermöglicht ihnen die eigene Ernte wieder das Dasein auf Monate hinaus, wahrscheinlich bis über das Ende des Jahres 1918 hinüber. Immer aber müssen wir festhalten, daß die Stimmungsbilder der englischen Zeitungen und Zeitschriften durchweg in Grau schillern. So nennt die „Times" am 14. Dezember 1917 die Drohung des U-Botes „die wichtigste Lebensfrage", und die „Daily News" vom gleichen Tage erklären, daß das Schicksal des Vierverbandes von dem Schiffbauergebnis Englands in den nächsten zwölf Monaten abhängen wird. In dieser Beziehung sind aber bisher die Aussichten nicht sehr trostreich für unsere Gegner.

Ausland.

Zur Streikbewegung in England.

Kopenhagen, 8. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) „National Tidende" meldet aus London, daß der Generalstreik auf den großen Werften am Clyde-Fluß anscheinend vermieden werden könnte. In einer Versammlung wurde eine Resolution angenommen, der Streik sei unter den jetzigen Verhältnissen Landesverrat.

Deutsches Reich.

Das neue Herrenhaus.

Die Verfassungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses ist am Mittwoch wieder zusammengetreten und sich endlich über die Zusammensetzung des neuen Herrenhauses schlüssig geworden. Hiernach soll das Herrenhaus in Zukunft bestehen aus:

1. 48 Vertretern der Städte mit über 50 000 Einwohnern und zwei weiteren Vertretern der Stadt Berlin;
2. 24 Vertretern der übrigen Städte und der Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern;
3. 24 Vertretern der Provinzen sowie einem Vertreter der Hohenzollernschen Lande;
4. 24 Vertretern der ländlichen Selbstverwaltung;
5. 48 Besitzern von Landgütern, die sich zur Zeit der Präsentation bereits 50 Jahre im Besitze derselben Familie befinden und eine Größe von mindestens 15 Hektar haben, oder einen Reinertrag von mindestens 150 Mk. gewähren;
6. 24 Mitgliedern, welche als Vertreter der Landwirtschaft präsentiert werden;
7. 24 Leitern größerer Unternehmungen der Industrie oder des Handels;
8. 24 Vertretern des Handels und der Industrie, welche von den Handelskammern präsentiert werden;
9. 10 Vertretern des Handwerks;
10. 16 Vertretern der Hochschulen;
11. 16 Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche;
12. 16 Vertretern der Arbeiter;
13. 12 Vertretern der Privatangestellten;
14. 9 Vertretern der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten;
15. 6 Vertretern der Lehrkräfte von höheren und mittleren Schulen, von Volksschulen und Lehrer-Bildungsanstalten;
16. 6 Angehörigen der übrigen gelehrten Berufe;
17. 3 Angehörigen von technischen Berufsständen;
18. 3 Berufsangehörigen der bildenden und ausübenden Künste der Literatur und der Presse.

Die Mitglieder zu 12—18 werden aus allerhöchstem Vertrauen berufen, solange für ihre Präsentation keine Präsentationskörper bestehen. Die Bildung dieser Präsentationskörper wird durch Gesetz angeordnet.

Ferner ist beschlossen worden, daß die Personen, die aus königlichem Vertrauen berufen werden, nicht auf Lebenszeit, sondern nur auf 12 Jahre zu berufen sind.

Unsere moralische Valuta.

Unsere zahlreichen Feinde haben es verstanden, im Lauf des langen Krieges nicht nur das deutsche Geld, sondern auch den deutschen Namen zu entwerten, sie haben uns nicht nur die überseeische Zufuhr, sondern auch die Ehre abgeschnitten. Wenn unsere Geschäftswelt daher jeden Versuch der Regierung begrüßt, der darauf hinzielt, der deutschen Mark wieder zum alten Kurs zu verhelfen, so möchten wir, die nur als Teilhaber an den geistigen Gütern der Nation in Betracht kommen, daß man über jenem löblichen Bestreben die Wiederherstellung unserer Ehre im Ausland nicht vergesse.

Es mehren sich in letzter Zeit die Stimmen, die Regierung und Oeffentlichkeit auf diese Pflicht hinweisen und den maßgebenden Stellen gewissermaßen den Vorwurf eines Versäumnisses machen. Ob und wie weit ein solcher Vorwurf berechtigt ist, vermag der einfache Staatsbürger, der seine Meinung nur aus zensurierten Zeitungsartikeln schöpft, nicht zu beurteilen. Er sieht nur Eines: Daß auf der ganzen Welt die feindlichen Verleumdungen auf ein fruchtbares Erdreich fielen. So toll die Lügen der Entente über unsere Soldaten oder über den König „Attila" und dessen Welteroberungspläne uns erscheinen mögen, wir wollen uns nicht verhehlen, daß sie auf dem größten Teil des Erdballs geglaubt werden. Die von englischem Geld gekaufte Presse feindlicher und neutraler Länder wiederholt reklameartig ihre Anschuldigungen, die sich schließlich dem Gedächtnis des Zeitungslesers mit der Bestimmtheit unbezweifelbarer Tatsachen einprägen und unserer Ehre schweren Abbruch tun. Kenner der englischen Politik versichern, daß dieses Gebaren einen Teil ihrer politischen Methode ausmacht. Die Engländer haben ihre Gegner immer zuerst moralisch vor aller Welt gerichtet, ehe sie zu ihrer Vernichtung schritten, die dann als ein gerechtes göttliches Strafgericht allgemeine Billigung fand. So wurde auch der Burenkrieg lang vor seinem Ausbruch mit einer wüsten Preßhetze in England planvoll eingeleitet.

Haben wir dieses feindliche Lügentrommelfeuer immer energisch genug erwidert? Es gibt Leute, die es verneinen. Die Regierung hat wohl gelegentlich eine der gröbsten Anschuldigungen vorgenommen und zerpflückt. Aber warum geschah das nicht in jedem einzelnen Fall? Freilich, der anständige Mensch im Bewußtsein seines guten Gewissens neigt dazu, solch ungeheuerliche und abgeschmackte Beschimpfungen mit einer verachtungsvollen Gebärde von sich abzuweisen. Wir Deutschen verlassen uns gern auf den alten Gott, der zu seiner Zeit unsere Unschuld schon aufzeigen werde. Diesen Standpunkt kann man menschlich begreifen, aber politisch klug ist er keinesfalls. Mit vornehmem Verstummen ist hier nichts geschafft. Es heißt schon im Sprichwort: Qui tacet, consentire videtur (Wer schweigt, scheint zuzustimmen. Die Red.) Und die kritiklosen, verhetzten Leser der Ententepresse auf dem weiten Erdball haben kein Organ für die Sprache der Aufrichtigkeit, die sich in ein paar gelassenen Worten ehrlichen Abscheus ausdrückt. Zu ihnen muß in der farbenreichen Reklamesprache geredet werden, deren sich die Entente mit solchem Erfolg bedient, daß Bonar Law uns in öffentlicher Rede unwidersprochen als das „aussätzige" unter den Völkern brandmarken durfte. Viele unserer regierungsseitigen Berichtigungen blieben selbst im Inland ohne nachhaltige Wirkung, weil sie in einem so trockenen Amtsstil abgefaßt waren, daß ihnen zuerst eine Uebersetzung ins Gemeindeutsche not täte.

Wir besitzen ein Sprichwort, das von den kurzen Beinen der Lügen fabelt. Es ist bemerkenswert, daß die zwei größten, ja die einzigen wirklich weltbeherrschenden Völker der Geschichte, die Römer und die Engländer, ihre politische Erfahrung in Sprichwörtern von genau dem entgegengesetzten Inhalt niedergelegt haben. Der Engländer weiß: Nothing dies as hard as a lie (Nichts stirbt so schwer wie eine Lüge. Die Red.), und der Römer pflegte zu sagen: Semper aliquid haeret (Es bleibt immer etwas hängen. Die Red.) Mich dünkt, die Erfahrungen des Weltkriegs haben uns die Richtigkeit der englischen und den Irrtum der deutschen Auffassung schmerzlich genug dargetan. Es ist an uns, die Folgen zu ziehen.

Auf der Feindesseite sehen wir ganze Bataillone von Berichterstattern eifrig nach deutschen Greueln fahnden. Warum zahlen wir nicht in gleicher Münze? Die Welt hört immer nur von deutschen Grausamkeiten, und doch ließen sich aus der Geschichte dieses und früherer Kriege Tatsachen ans Licht schaffen, die geeignet wären, den scheinheiligen englischen Blättern den Mund zu schließen. Die Engländer haben viel Geld aufgewendet, um ein Buch „Austrian atrocities" (Oesterreichische Scheußlichkeiten) in Tausenden und Abertausenden von Exemplaren in die Welt zu schleudern. Warum tritt man dieser Macht nicht entgegen mit einem Buch „Serbische Greuel"? Warum zieht man nicht die Leiden der Zivilbevölkerung Ostpreußens zur Zeit der Russentage ans Licht oder die Behandlung der deutschen Gefangenen in Afrika oder im Feuerbereich hinter den französischen Schützengräben? Vor einem Gefangenenlager in Rußland wurden die gefrorenen Leichen der vor Entbehrung Gestorbenen wie Holzscheite aufgeschichtet im Angesicht der Ueberlebenden, die vor Augen sahen, daß sie bald diesen Haufen vergrößern würden. Und noch vor kurzem hat ein französischer Lagerkommandant den Grundsatz aufgestellt: Jeder Gefangene muß körperlich und seelisch gebrochen werden. Bände ließen sich füllen mit den ausgesuchten Qualen, die französische Verkommenheit und russische Wildheit über unsere unglücklichen Leute verhängte.

Gibt es solche Bücher? Es wäre wichtig, das reiche Anklagematerial, das in verschwiegenen Geheimschränken aufgestapelt liegt, der Welt bekannt zu geben, damit sie erfährt, wessen die Nationen fähig sind, die lediglich gegen die deutsche Barbarei zu kämpfen vorgeben. Einmal wurde ein Anlauf genommen mit einem amtlichen Werk, das eine Sammlung von Dokumenten über völkerrechtswidriges Verhalten der belgischen Zivilbevölkerung unsern Soldaten gegenüber darstellt. Das Werk wurde aber wohl infolge seines hohen Preises nicht einmal im Inland, geschweige denn im Ausland bekannt. Aehnlich ging es mit der deutschen Rechtfertigungsschrift über die Beschießung der Reimser Kathedrale. Sollte es sich nicht ermöglichen lassen, solche Schriftwerke, die zu unserer Verteidigung dienen, in Massenauflagen herzustellen und in ungezählten Exemplaren zu verbreiten? Darstellungen über die Ziele und Absichten unseres Volkes könnten auf diesem Wege im Ausland Verständnis für Deutschland wecken. Im Frieden ließe sich das Werk fortsetzen durch Verbreitung der besten deutschen Geisteswerke im Ausland, die uns mehr Sympathie

Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Vertretung der Arbeiter. Konservative und Freikonservative widersprachen aufs heftigste, daß den Arbeitern ein Präsentationsrecht eingeräumt werde, die Freikonservativen zogen ihren Widerspruch schließlich zurück, sodaß die Konservativen allein blieben. Immerhin wurden die Anträge, welche eine höhere Zahl als 16 Arbeitervertreter vorsahen, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Pessedemagogie.

Unter den Gründen, welche in den letzten Wochen den Argwohn und die Erregung der Arbeiterschaft hervorgerufen haben, weist Prof. Max Weber-Heidelberg in der „Frankf. Ztg." auf einen der wichtigsten hin, der bisher nicht genügend beachtet wurde. Es fehlt an einer amtlichen Disziplin. Auseinandersetzungen zwischen den leitenden Stellen hat es beim Abschluß jedes größeren Krieges gegeben. Aber niemals sind sie dadurch ausgetragen worden, daß eine Instanz gegen die andere eine wüste Preßhetze entfesselte. Die Verantwortung dafür geht auf den Großadmiral v. Tirpitz zurück, der geduldet hat, daß eine ihm unterstellte Stelle für eine rein militärische Entscheidung von größter Wichtigkeit und Tragweite einen demagogischen Pressefeldzug entfesselte. Welche Instanz — so fragt Max Weber — hat diesmal das gleiche Schauspiel verschuldet? Ist gegen diese unerhörte an Landesverrat grenzende Indiskretion und Disziplinlosigkeit militärischerseits das Erforderliche geschehen?

Wir möchten diese Frage unterstreichen. Tatsächlich haben Meldungen über die Konflikte mit der Regierung einen großen Teil der Schuld an den letzten Wirren.

Alldeutsche Bildung.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Georg Eisenberger hat folgenden von echt alldeutscher Bildung zeugenden Brief erhalten:

„Heidelberg, Rohrbacherstr. 54, den 31. 1. 18.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich lese soeben in der Zeitung Bericht über Ihre Rede in der gestrigen Vormittagsitzung der Kammer der Abgeordneten. Danach sollen Sie gesagt haben, der jetzige Streik sei eine Folge der alldeutschen Hetze, der Vaterlandspartei sei das Vaterland wurscht usw. Derartigen Mist kann nur **ein ganz gescherter Rammel, ein vollendeter Hanswurst,** der Erzberger Konkurrenz machen will, **ein ganz gewöhnlicher Verleumder** oder **ein gewissenloser Hetzer** zusammenreden. Ich bin natürlich weit entfernt, anzunehmen, daß Sie dergleichen gesagt haben. Sie wären ja dann eine Neuauflage Ihres Kollegen „Joseph Filser aus Mingharting, Bosd daselbst". Immerhin wäre es mir recht erwünscht, zu erfahren, was Sie nun eigentlich in Wirklichkeit gesagt haben, umsomehr, als ich vor Jahren einmal auch mein bescheiden Teil zu Ihrer Wahl beigetragen habe. Ich ersuche Sie daher höfl. um gefl. Zusendung des amtlichen Stenogramms.

In vorzüglicher Hochachtung ergebenst

Dr. Hans Wolf."

Prof. Hoche, Fuhrmann, Graf Bothmer, „Badische Landeszeitung" usw. müssen sich nun schwer anstrengen, um diese neue Schimpfkonkurrenz des Heidelberger Wolfes aus dem Felde zu schlagen. Aus dem Gebiete des seligen Knigge war die Doktorarbeit dieses Herrn sicher nicht.

Zur deutschen Streikbewegung.

WTB. **Berlin,** 8. Febr. (Nicht amtlich.) Der Arbeiterausschuß der Kaiserlichen Werft Brügge richtete unter dem 2. Februar an den Oberwerftdirektor ein Schreiben, in dem es u. a. heißt: Nach der Verhaftung einiger Werftarbeiter in Ostende wegen angeblicher Verbreitung von Flugblättern berief der Arbeiterausschuß sofort eine Sitzung der Vertrauensmänner ein, um ihnen den Sachverhalt mitzuteilen, in der einstimmig eine Entschließung angenommen wurde, der zufolge die Arbeiter der kaiserlichen Werft in Flandern erklären, daß sie mit dem Streik in Deutschland in keinem Zusammenhang stehen und es als ihre erste Pflicht betrachten, Heer und Flotte kriegsbereit zu halten. Den Arbeitern sei es klar, daß die augenblicklichen Ereignisse nicht aus der Initiative deutscher Arbeiter entstanden, sondern nur von unseren Feinden bezahlte Arbeit sind.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 22. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 8. Februar.

Der Sitzungsbeginn zog sich über eine halbe Stunde hinaus, da der Ausschuß der Vertrauensmänner zuvor eine Beratung abhielt, um die künftige Geschäftsbehandlung zu besprechen.

Nachdem Präsident **Kopf** um ¾10 Uhr die Sitzung eröffnet hatte, wurde sofort in die Tagesordnung eingetreten. Zur Beratung kam zunächst die kurze Anfrage der Abgg. **Massa** und Gen. betreffend

Kohlennot und ungeteilte Arbeitszeit.

In der Anfrage wird an die Gr. Regierung das Ersuchen gerichtet, im Hinblick auf die unhaltbaren Zustände in der Kohlenversorgung sofort der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit näher zu treten. Die Anfrage war von der Regierung schriftlich beantwortet worden. Aus der Antwort ging hervor, daß die Regierung der ungeteilten Arbeitszeit ablehnend gegenübersteht. Sie habe sehr große Bedenken dagegen. Der schriftlichen Beantwortung waren Aeußerungen verschiedener Regierungszweige angefügt, so auch der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, die ebenfalls einen ablehnenden Standpunkt einnahm und dabei betonte, daß die Frage der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit von einer einzelstaatlichen Verwaltung nicht eingeführt werden könne. In sehr eingehender Weise hatte das Ministerium des Kultus und Unterrichts zu der Frage Stellung genommen. Für die Schule könne die ungeteilte Schulzeit wegen überwiegender Nachteile nicht in Frage kommen, wenn die mancherlei Vorteile der ungeteilten Schulzeit auch nicht zu leugnen sind.

Abg. **Wittemann** (Zentr.) berichtete sodann im Auftrag der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf betr. die

Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuches.

Der Inhalt des Gesetzentwurfs ist schon mitgeteilt worden. Die Frage des Wohnungsnachweises und des Meldezwangs hat uns schon wiederholt beschäftigt. Die von uns angenommenen Gesetzesbestimmungen wurden von der 1. Kammer wiederholt abgewiesen. Der Krieg hat aber die Notwendigkeit eines geordneten Wohnungsnachweises gebieterisch erwiesen und so hat die Gr. Regierung sich veranlaßt gesehen, einen Gesetzentwurf betr. Wohnungsnachweis vorzulegen. Die Kommission hat diesen Gesetzentwurf mit der Abänderung angenommen, den Wohnungsnachweis auch für die Städte unter 10 000 Einwohner einzuführen. Wir müssen auf dem Gebiet der Wohungsreform außerordentlich viel tun, denn dem Gebiet der Wohnungsreform außerordentlich viel tun, denn die Mißstände sind hier zum Teil recht bedeutend und sie werden nach dem Krieg noch bedeutender sein.

Abg. **Mast** (Zentr.): Die Wohnungsmeldung muß mit der Wohnungsaufsicht eng verbunden sein. Dann wird in dieser Hinsicht etwas ersprießliches entstehen. Wir stehen dem Gesetzentwurf sympathisch gegenüber.

Abg. **Bitter** (natl.): Wir nehmen den Gesetzentwurf in der Fassung der Kommission an. Schon wiederholt wurde auf die Notwendigkeit eines Wohnungsnachweises hingewiesen. — Abg. **Rehm** (natl.): Der Gesetzentwurf bedeutet einen sozialen Fortschritt und wir wünschen, daß er auch in Städten unter 10 000 Einwohner eingeführt wird.

Abg. **Geiß** (Soz.): Auch wir unterstützen den Gesetzentwurf. — Abg. **Schöpfle** (R. Vgg.): Wir glauben, daß die Regierungsvorlage den Verhältnissen am besten entsprochen hätte. Der Wohnungsmangel wird durch das Gesetz nicht behoben. Wir stimmen dem Gesetzentwurf dennoch zu.

Staatsminister Frhr. v. **Bodman:** Die Bedenken, die ich gegen die Aenderung des Gesetzentwurfes seitens der Kommission habe, entspringen der Befürchtung, daß die Erste Kammer den veränderten Gesetzentwurf ablehnen könne. Der Gesetzentwurf ist für unser Wohnungswesen von besonderer Bedeutung. Der Abg. Mast hat gewünscht, daß eine Benachteiligung der Presse durch Wegfall der Wohnungsanzeigen nicht stattfinde. Diese Bedenken treffen besonders in Bezug auf die großen Wohnungen wohl nicht in dem befürchteten Umfange zu. Ich werde die maßgebenden Stellen darauf aufmerksam machen, daß hier eine Schädigung der Presse vermieden wird, denn die Presse hat jetzt eine solche schwierige Stellung und sie hat sich so große Verdienste im Kriege erworben, daß alles getan werden muß, um die Presse vor weiteren Schäden zu bewahren.

Nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters wird der Gesetzentwurf mit den von der Kommission vorgeschlagenen Aenderungen einstimmig angenommen.

Abg. **Schöpfle** (R. Vgg.) erstattet Bericht über den Antrag Fischer und Gen. betr. die

körperliche Untersuchung der Kriegsdienstpflichtigen.

Der Antrag will, daß die älteren und die jüngeren Männer getrennt untersucht werden, um das Schamgefühl nicht zu verletzen.

Abg. **Fischer** (R. Vgg.) begründet seinen Antrag. Von der Militärbehörde wurde uns mitgeteilt, daß das Schamgefühl bei der Untersuchung nicht verletzt werde. Wir können dem nicht beistimmen. Es ist nicht recht, wenn 40jährige und 20jährige miteinander untersucht werden. Die ganze Art der Untersuchung verletzt das Schamgefühl. — Ein Regierungsvertreter macht auf bezügliche Mitteilungen des stellv. Generalkommandos aufmerksam, mit denen sich die Kommission einverstanden erklärt habe.

Abg. **Muser** (F. V.) führt aus, daß er ebenfalls dem Antrag zustimme.

Abg. **Schöpfer** (Zentr.): Auch wir stimmen dem Antrag prinzipiell zu. Die Gesundheit der Soldaten ist ein hohes Gut; aber ein noch höheres Gut ist die seelische Gesundheit. Wenn Fälle vorliegen, wo das Schamgefühl verletzt wurde, muß dagegen nachdrücklich eingeschritten werden. — Die Abg. **Rösch** (Soz.) und **Rohrhurst** (natl.) stimmen dem Antrag zu. Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen.

Die Bekleidung der Kriegsgefangenen.

Abg. **Schöpfle** (R. Vgg.) erstattet sodann Bericht über den Antrag der Abg. **Fischer** (R. Vgg.) und Gen. betr. die Bekleidung unserer Gefangenen im Ausland. — Abg. **Fischer** (R. Vgg.) begründet den Antrag und bittet die Regierung, diejenige Stelle anzugeben, an die Kleider für unsere Gefangenen hingesandt werden können. — Nachdem ein Regierungsvertreter bemerkt hatte, es lägen wohl Klagen in dieser Hinsicht vor, wie berichtet werde erscheine aber eine Besserung eingetreten zu sein und nachdem er mitgeteilt hatte, daß sich eine Sammelstelle in Freiburg befindet, wurde der Antrag angenommen.

Die Anträge betr. Zusammensetzung und Geschäftsführung der Kommunalverbände werden auf Antrag aus dem Hause zurückgestellt.

Abg. **Niederbühl** (natl.) berichtet über die Petition des Grenzaufsehers a. D. J. B. Sulger aus Konstanz um Verbesserung seiner Lage. Die Kammer beschließt Uebergang zur Tagesordnung.

Die Petition der Bremserwitwe Boie in Heidelberg, Berichterstatter Abg. **Ringwald** (natl.), um Verbesserung ihrer Lage wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Petition des Kriegsinvaliden F. Mackemull in Mörsch um Verbesserung seiner Lage, Berichterstatter Abg. Mast (Zentr.), wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Petition des Büroassistenten K. Sieber in Freiburg um Wiederaufnahme unter die mittleren Beamten, Berichterstatter Abg. **Reinhardt** (Zentr.), wird der Regierung zur wohlwollenden Berücksichtigung überwiesen.

Die Petition des Kanzleiassistenten J. Singer in Bruchsal um Einreihung in die Klasse der mittleren Beamten, Berichterstatter Abg. **Mast** (Zentr.) wird durch Uebergang zur Tagesordnung verabschiedet.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. — Nächste Sitzung Mittwoch, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Oberrechnungskammer. Antrag Weißhardt und Gen. betr. Heupreis. — Schluß der Sitzung 12 Uhr.

*

Erste Kammer. — 4. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 8. Februar 1918.

Präsident **Prinz Max** eröffnet kurz nach 10 Uhr die Sitzung und begrüßt nach einigen kurzen geschäftlichen Besprechungen das neue Mitglied des Hauses, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Zehnter, der den Eid ablegte.

Staatsrat Dr. **Glockner** berichtete namens des Haushaltungsausschusses über eine Reihe von Beamtenpetitionen und zwar des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals, Gau Baden, der Vereinigung der oberen Beamten des Kreises Mannheim und des Verbandes der bad. Oberbeamtenvereine, des bad. Eisenbahnerverbandes, des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine Badens, des Bundes der Staatsbeamtenvereine in Mannheim und ferner von 5 ledigen oberen Beamten betr. die Kriegszulagen und Teuerungsbeihilfen der Beamten, Lehrer und Arbeiter, sowie über die Petition eines Ausschusses der staatlichen Beamten im Ruhestand betr. Kriegszulagen für staatliche Beamte im Ruhestand. Der Berichterstatter teilte sodann die von der 2. Kammer genehmigte weitere Erhöhung der Teuerungszulagen mit. Trotz der neuerlichen Erhöhungen bestünden immer noch einige Wünsche, wobei auf Preußen und andere Bundesstaaten hingewiesen werde. Die Kriegszulage ist nicht pensionsfähig. In der Haushaltskommission habe der Finanzminister mitgeteilt, daß die Deckungsmittel für die jüngsten Zulagen noch nicht vorhanden seien, und im Hinblick auf die hohen Aufwendungen für das Jahr 1919 eine Steuererhöhung notwendig werde. Der Haushaltsausschuß der Ersten Kammer habe beschlossen, dem Beschluß der Zweiten Kammer zuzustimmen, weitergehende Wünsche aber in Hinsicht auf die hohen Ausgaben unberücksichtigt zu lassen. Eingehend befaßte sich der Ausschuß mit der Petition der staatlichen Beamten im Ruhestand. Nach Mitteilung des Finanzministeriums sei für diese Unterstützungen eine Million in Aussicht genommen. Der Ausschuß sei zu dem Ergebnis gekommen, diese Petition der Regierung in dem Sinne zur Kenntnis zu überweisen, daß den Ruhegehaltsempfängern und Beamtenwitwen in einzelnen Fällen Beihilfen auch über 30 Prozent hinaus gewährt werden sollen, die an Kriegszulagen und Teuerungsbeihilfen im allgemeinen bezahlt werden. Die übrigen Petitionen sollen nach Bewilligung der außerordentlichen Teuerungszulagen für erledigt erklärt werden. Der Berichterstatter stellte demgemäß seinen Antrag.

Finanzminister Dr. **Rheinboldt** führte aus, daß die neuen Teuerungszulagen ein außerordentlich schweres Opfer darstellen, das vom badischen Staat gefordert, das aber gebracht werden mußte, um die Beamtenschaft vor Verarmung und Verschuldung vor wirtschaftlichen und sozialer Deklassierung zu bewahren. Wir wollen hoffen, daß die Verhältnisse recht bald wieder einen Abbau gestatten.

Das Haus stimmte sodann den neuen Teuerungszulagen an Beamte, Lehrer und Arbeiter zu und beschließt bezüglich der Petitionen im Sinne des Antrags des Berichterstatters.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Frhr. **v. Göler** berichtet über die Titel Ministerium und Kultus und gedenkt dabei in anerkennenden Worten der Tätigkeit der Geistlichkeit im Felde wie in der Heimat

---

erwerben würden, als hundert englische Lügenblätter uns rauben können. Der „deutsche Gedanke in der Welt" ist gewiß eine stolze Sache, nur sollten wir seine Verbreitung nicht dem Zufall überlassen.

Es ist nicht ganz gleichgültig, wie unsere moralische Valuta steht, wenn wir in die allgemeinen Friedensverhandlungen eintreten. In fast allen Kriegszielerklärungen unserer Feinde kehrt die Forderung der „Bestrafung" Deutschlands für verübte Greuel wieder. So weit wäre es nicht gekommen, hätten wir gegen die feindliche Greueloffensive immer die richtige Gegenwirkung ausgeübt. Auch für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft Deutschlands nach dem Krieg ist es nicht ohne Belang, in welchem Geruch wir stehen. Dem deutschen Kaufmann werden sich die Türen der Auslandskunden ohnehin nur zögernd öffnen. So wird unsere moralische Valuta unser Weltgeschäft nicht unwesentlich beeinflussen. Aber diese materiellen Gründe wollen wir nicht in den Vordergrund rücken; ihre Erwähnung geschieht bloß, weil man in Deutschland immer auf wirtschaftliche Schädigungen hinweisen muß, wenn man die Behörden will aufhorchen machen. Dem Deutschen, der auf sein Vaterland stolz ist, ist der Gedanke unerträglich, daß das Volk der Dichter, Musiker und Philosophen, das Volk der Ideale und des sittlichen Ernstes, das Volk der Arbeit und des friedlichen Weltbürgertums, das Volk der Treue und Ehrlichkeit verkannt, verleumdet und als Auswurf der Hölle gebrandmarkt wird. Darum wünschen wir, daß die Regierung ungesäumt unter Anwendung aller brauchbaren Mittel die Wiederherstellung unseres Ansehens in der Welt in Angriff nehme. Nicht nur unklug, sondern auch „nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre". F. M.

Unterhaltung und Belehrung

Ein Idyll im preußischen Abgeordnetenhaus.

In einer Beilage des „Berliner Tageblattes" vom Sonntag finden wir folgenden Parlamentsbericht:

Der Vorsitzende (gähnend): Also, die heutige Sitzung des Wahlrechtsausschusses ist eröffnet. (Zuruf rechts: Es zieht!)

Ein konservativer Abgeordneter: Man behauptet, es zieht. Ich beantrage daher, einen Ausschuß einzusetzen, der diese Frage prüft. (Beifall rechts.)

Der Minister: Vielleicht genügt es, wenn wir das Fenster schließen. (Lebhafter Widerspruch rechts.)

Ein zweiter Konservativer: So einfach liegt die Sache denn doch nicht. Diese oberflächliche Art des Ministers weisen wir zurück. (Sehr gut! rechts.) In einem Abgeordnetenhause, in dem es zieht, ist eine sachgemäße Verhandlung unmöglich. (Stürmischer Beifall rechts.) Wir brauchen ein neues Haus! Sonst beraten wir die Wahlvorlage nicht weiter. (Bravo- und Hochrufe rechts.)

Ein dritter Konservativer: Das war das rechte Wort zur rechten Zeit. Wir beantragen also, daß sofort ein neues Abgeordnetenhaus gebaut wird, in dem es nicht zieht. Bis dahin vertagen wir die Wahlrechtsvorlage. (Jubelgeschrei rechts.)

Der erste konservative Abgeordnete: Das neue Haus soll aber etwas Besonderes sein. Ich habe nun mal, als ich nicht schlafen konnte, weil ich zu viel Hummer gegessen hatte, in einem Buche geblättert. (Hört, hört! rechts.) Da war von einem Stein der Weisen die Rede. Ich beantrage, daß das neue Haus aus diesen Steinen der Weisen gebaut wird.

Der zweite Konservative: Wir beauftragen also den Minister, das Weitere zu veranlassen, und wenn die Sache sich ein bischen in die Länge ziehen sollte . . .

Einstimmiger Zuruf aller konservativen Abgeordneten: . . . Wir können warten!

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Arbeiter oder Soldaten? Rede des Reichstagsabgeordneten Karl Seitz (Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. November 1917). Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI, Gumpendorfer Straße 18. — In dieser Rede wird in packender Weise vor Augen geführt, was die Arbeiter zu leiden haben und was die Militarisierung, deren Aufhebung die Regierung nunmehr zusagen mußte, bedeutet hat. Die Rede ist für die österreichische Arbeiterbewegung ein geschichtliches Dokument.

Prälat D. **Schmitthenner** dankt dem Vorredner für diese freundlichen, der Geistlichkeit gewidmeten Worte, und für die hohe Wertung, die ihre Arbeit im Felde und daheim gefunden hat. — Die Titel werden genehmigt.

Geh. Rat Dr. **Fabricius**-Freiburg berichtet über die Titel Unterichtswesen und Volksschulen. Der Redner wies dabei auf das Anwachsen des weiblichen Studiums hin und bezeichnet es als wünschenswert, daß sich die akademisch gebildeten Mädchen auch den technischen Berufen widmen sollten; die Regierung sollte dafür entsprechende Stellen schaffen. Weiter behandelt der Berichterstatter die Ausländerfrage an den Hochschulen und die Pflege des Auslandsstudiums. Den aus ihren Studien herausgerissenen Kriegsteilnehmern müsse besonderes Entgegenkommen bewiesen werden. Anzuregen wäre die Bildung von Sonderklassen und beispielsweise die Abkürzung der Referendarzeit. Die Wissenschaft dürfte allerdings unter einem solchen Entgegenkommen nicht leiden. Zu der Frage der Errichtung einer Abteilung für landwirtschaftlichen Unterricht hat der Haushaltungsausschuß der Ersten Kammer keine bestimmte Stellung genommen.

Der Berichterstatter stellte den Antrag, den Anforderungen für das Unterrichtswesen zuzustimmen.

An diese Ausführungen schloß sich eine kurze Debatte, an der sich Oberbürgermeister **Habermehl**-Pforzheim und Professor Dr. **Oncken**-Heidelberg beteiligten. Dieser Redner rühmte besonders den Fleiß der Studentinnen und berührte das Gebiet der Ehrenpromotion. Eine Gefahr der Amerikanisierung bestände bei uns auf diesem Gebiete nicht. Die Ehrungen erfolgten für das Verständnis und Verdienst um die Wissenschaft. In dem einen Falle, der in der Oeffentlichkeit besonders genannt worden ist, handelt es sich um eine Persönlichkeit, die viele Millionen in aller Stille und ohne Rühmens der Wissenschaft zur Verfügung stelle

Geh. Hofrat Dr. **v. Oechelhäuser**-Karlsruhe schließt sich bezüglich der Ehrenpromotion dem Vorredner an und hebt hervor, wie sich auch die Technische Hochschule an der Kriegstätigkeit beteiligt hat.

Minister Dr. **Hübsch**: Die Kriegstätigkeit unserer drei badischen Hochschulen wird von der Regierung in vollem Maße anerkannt. Ausführungen der beiden Herren Professoren über den Grundgedanken bei den letzten an der Kritik bemängelten Ehrenpromotionen stimme ich zu; wir wollen den Hochschulen nicht die Quelle verstopfen, aus denen für die Förderung wissenschaftlicher Aufgaben und Ziele Mittel fließen können. Zu dem von Herrn Oberbürgermeister Habermehl vorgetragenen Wunsch, der Staat möge die Städte an den Ersparnissen teilnehmen lassen, die entstehen durch weniger zur Auszahlung kommende Gehälter, welche durch Kriegsbezüge ersetzt werden, möchte ich sagen, daß ich bestrebt sein werde, in Bälde zu einem billigen Abkommen mit den Städten zu kommen. In unserem Schulwesen werden wir bei einem gesunden Ausbau das alte Bewährte und Gute beibehalten.

Auch diese Titel über das Schulwesen werden einstimmig genehmigt. Darauf wurde beschlossen, eine Schulkommission zu bilden.

Schluß der Sitzung 2 Uhr. Die nächste Sitzung findet in ungefähr 4 Wochen statt.

Baden.

Pforzheim, 9. Febr. Wie der Polizeibericht mitteilt, ist in den letzten Tagen hier ein Betrüger aufgetaucht, welcher die Uniform eines Vizefeldwebels trug, die Namen „Becker" und „Weber" angab und sich Geld erschwindelte.

Zell a. H., 7. Febr. Gestohlen wurden gestern abend zwischen 7 und 8 Uhr einem hiesigen Kaufmanne beide Räder von seinem Fahrrade, das er an einem Gasthause angelehnt hatte, während er sich darin aufhielt. Das Gestell des Fahrrades fand man in der Nähe an einem Gartenzaun. Ein ähnlicher Fall hat sich vor kurzem in Unterharmersbach zugetragen, wo einem hiesigen Geschäftsmanne die Mäntel und Schläuche vom Fahrrade weggenommen, die Felgen aber auf einem Acker gefunden wurden.

* **Rethen** (Amt Sinzheim), 8 Febr. Das 2jährige Söhnchen des Landwirts Wilhelm Guggolz fiel über einen auf dem Fußboden stehenden mit kochendem Kaffee gefüllten Topf und verbrühte sich ein Bein. An den erlittenen Brandwunden ist das Kind gestorben.

* **Mannheim**, 9. Febr. In einer der letzten Schöffengerichtsverhandlungen standen nicht weniger als 28 Fälle mit über 40 jugendlichen Angeklagten zur Verhandlung. Es handelte sich fast durchweg um Diebstähle von Wäsche, Spielsachen, Geld u. a. m. Einer der jugendlichen Angeklagten hatte am hellichten Tage aus einem Bäckerladen die Kasse gestohlen.

Ein Jubiläum des Fahrrades.

Der 10. Februar ist ein Jubiläumstag in der Geschichte des Fahrrades. Vor hundert Jahren, am 10. Februar 1818, erhielt nämlich der Forstmeister Karl Friedrich Christian Freiherr Drais von Sauerbronn für die von ihm erfundene Laufmaschine, aus der sich unser Fahrrad entwickelt hat, ein Erfindungspatent auf zehn Jahre. Kurz vorher, am 28. Januar 1818, war dem Erfinder der Maschine offenbar als Anerkennung für sein Werk, der Titel eines Professors der Mechanik erteilt worden. Die Erfindung selbst war allerdings schon einige Jahre alt, denn schon im November 1813 hatte er sie dem Kaiser von Rußland vorgeführt. Drais stand, als er so für seine Tätigkeit geehrt wurde, im 33. Lebensjahre, er war am 29. April 1785 in Karlsruhe geboren. Neben seiner Tätigkeit als Forstbeamter betrieb er eifrig mathematische und physikalische Studien und versuchte sich mit zahlreichen Erfindungen. So hat er außer seiner Laufmaschine eine Schloßmaschine konstruiert, das Modell einer Schnellschreibmaschine und einen Apparat der als Vorläufer des jetzt auf den Unterseebooten verwendeten Periskops bezeichnet werden kann. Mit seinen Erfindungen hatte er wenig Glück. Sie brachten ihm nicht nur keine Einnahmen, sondern kosteten ihm sein Vermögen und auch sein Amt. Lange Zeit lebte Drais in Mannheim und unternahm von dort aus Reisen nach England, Frankreich und Amerika. Dann errichtete er in Waldkatzenbach (Amt Eberbach) eine Werkstätte zur Herstellung seiner Erfindung. Die letzten Lebensjahre brachte er in Karlsruhe zu, wo er am 10. Dezember 1851 starb und am 12. desselben Monats beerdigt wurde. Ueber den Verwendungszweck seiner Laufmaschine wußte Drais anzugeben, daß sie sich eigne für Boten, damit sie ihre Turen bequemer machen können, für Briefposten und andere Stafetten, für Reisende in kleineren Gesellschaften, um wohlfeiler und schneller zu reisen, als mit eigenen Pferden, zur Förderung der Gesundheit und des Vergnügens, um sich mit wenig Mühe in kurzer Zeit viele Bewegung auf angenehme Art zu machen. Man sieht, Drais hat seiner Laufmaschine bereits die Aufgaben zugedacht, die heute das Fahrrad in reichem Maße erfüllt. In Karlsruhe haben dem wackeren Erfinder die Radfahrervereine auf einem schönen Platze an der Kriegstraße ein Denkmal errichtet.

Die Nachtarbeit im Bäckergewerbe. Wie die „Karlsruher Ztg." halbamtlich mitteilt, wurden die höheren Verwaltungsbehörden (in Baden die Bezirksämter) angewiesen, wenn die örtlichen Verhältnisse im Interesse einer möglichst gründlichen Ausbackung des Brotes die Vorarbeiten zur Nachtzeit erfordern, von der Befugnis der Zulassung von Ausnahmen im Sinne des § 9 Absatz 2 der Verordnung über die Bereitung von Backware mit der Einschränkung Gebrauch zu machen, daß die zugelassene Arbeitszeit eine Stunde nicht überschreiten soll.

Der Titel „Schulinspektor". Das Unterrichtsministerium gibt bekannt, daß die zweiten Beamten der Kreisschulämter die Amtsbezeichnung „Schulinspektor" zu führen haben.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 9. Februar.

Wie der Schmerz ausgebeutet wird.

* Nicht nur die materielle Not des Volkes nützen die Geschäftemacher aus, sondern auch aus der geistigen und seelischen Not wissen sie Geld zu schöpfen. Bekanntlich besteht in den breiten Schichten unseres Volkes nicht nur ein körperlicher Hunger, sondern auch ein Hunger nach Trost und geistiger Erquickung, und das machen sich geriebene Geschäftsleute zunutze, indem sie auf das Gefühl der Bedrückten spekulieren. Besonders viel Unfug wird gegenwärtig mit der Frage des Fortlebens nach dem Tode und des Wiedersehens im Jenseits getrieben. Manche Witwe und manche Mutter, die etwas Liebes verloren haben, grübeln über diese Frage nach. Ihren Wünschen kommen zahlreiche Bücher entgegen, die von Buchhändlern zu teuren Preisen auf den Markt geworfen werden. Es ist fast ausnahmslos Schund, was den wißbegierigen Lesern und Leserinnen geboten wird.

In einem dieser Hefte mit schlechtem Druck und elender Ausstattung, das für 2 Mark verkauft wird, werden die tiefsten Welträtsel mit einer Oberflächlichkeit erörtert, die nur von der Dreistigkeit und Unwissenheit des ungenannten Verfassers übertroffen wird. Der Verfasser kommt auf Grund naturwissenschaftlicher Untersuchungen und mit Bezugnahme auf die Lehren der sogenannten Geheimwissenschaften zu dem Ergebnis, daß wir unsere lieben Toten nach dem Tode wiedersehen werden. Dabei empfiehlt er mit der Miene der Harmlosigkeit zum Zweck eines gründlichen Studiums der Frage noch andere Bücher, die „zufälligerweise" in dem gleichen Verlage wie das seinige erschienen sind. Die Preise für alle derartigen Bücher sind verhältnismäßig sehr hoch, und wenn eine arme Frau, deren Wißbegierde erweckt ist, der Sache auf den Grund gehen will, so kann sie leicht 20 bis 30 Mark dabei los werden und dabei bleibt sie gerade so klug wie vorher, aber der Geist gerät in Verwirrung und Aufregung. Anstatt daß ihre Seele Trost schöpft aus der Beschäftigung mit diesen Dingen, werden Zweifel rege gemacht und unruhige Stimmungen geschaffen. Wer im Buche Trost sucht, der ist gewiß gut beraten. Aber noch immer haben gute Werke der Dichtkunst, die das Denken wieder auf das Leben in seiner unendlichen Größe lenken, am besten getröstet und Ruhe gespendet.

50 000 Mark für den Stadtgarten. Von einem Wohltäter, der schon wiederholt der Allgemeinheit reiche Schenkungen zukommen ließ, wurden dem Oberbürgermeister zur weiteren Ausschmückung unseres Stadtgartens 50 000 Mark zur Verfügung gestellt. Diese hochherzige Stiftung soll zur Vervollständigung des Rosengartens insbesondere seines künstlerischen Schmucks im Stadtgarten dienen.

Ueber eine Million für den Bad. Baubund gezeichnet. Wie der „Landeswohnungsverein" mitteilt, sind bisher mehr als 1 150 000 Mk. Stammanteile für den Bad. Baubund G. m. b. H. übernommen. Damit erhält unsere Bad. Kriegerheimstätten- und Siedelungsgesellschaft ein recht ansehnliches Betriebskapital, wofür vor allem der beteiligten Industrie und dem Handel Dank gebührt. Die Gründung des Bad. Baubundes soll am 15. Februar nachmittags in Karlsruhe stattfinden. Es ist zu hoffen, daß bis dort noch weitere Stammanteile, die mindestens 500 Mk. betragen und verzinst werden, übernommen werden. Diesbezügliche Mitteilungen können an den Bad. Landeswohnungsverein, Karlsruhe, Ministerium des Innern, gerichtet werden.

* **Das gibt ein schönes Gerüchel.** Daß dem Tabak „Ersatzstoffe" beigemischt werden, hat der Bundesrat bekanntlich schon vor einiger Zeit erlaubt und dabei wohlwollend auf Hopfen und Buchenlaub hingewiesen. Jetzt hat der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Reichsschatzamt ein übriges getan. Er gestattet, daß Tabakmischungen noch als Tabak bezeichnet werden, wenn der Tabak mehr als 5 vom Hundert des Gesamtgewichts ausmacht. 94½ vom Hundert können also Unkraut jeder Art sein, wenn 5½ vom Hundert Tabak dazu kommt. Dann adelt dieser bescheidene Zusatz das ganze unedle Gemisch. Ob dieser Nachricht werden die Raucher ihr Gesicht, die übrige Menschheit wenigstens die Nasen verhüllen.

* **Kriegsfastnacht.** Lebten wir im Frieden, so würden wir morgen Sonntag Herrenfastnacht begehen und auf den Straßen unserer Stadt würde sich ein frohes Maskentreiben entwickeln. Der Sonntag im Kirchenkalender heißt Quinquagesima oder Estomihi, auf den dann in der Mitte der Woche der Aschermittwoch folgt, der Tag, an dem die Fastenzeit beginnt, während der alle laute Lust und Freude verstummt ist. Wie in den früheren Jahren während des Krieges wird die Karnevalszeit auch in unserem Jahre still und ernst verlaufen. Denn unsere Tage sind nicht geeignet zu ausgelassener Fröhlichkeit. Im übrigen hatte das Faschingstreiben früherer Jahre auch mancherlei üble Beiklänge. Wir verlieren nicht viel, wenn wir hierauf jetzt verzichten müssen. Man hat jetzt andere Sorgen.

Die wirtschaftliche Abteilung der Handwerkskammer hat sich zur Aufgabe gesetzt, durch ihr angehörige Schreinermeister Kleinwohnungseinrichtungen herstellen zu lassen, um diese namentlich an Kriegsgetraute zu angemessenen Preisen, auch gegen Teilzahlung, abzugeben. Zur Bestreitung der Kosten dieser Organisation und einer Ausstellung von Musterzimmern und Einzelmöbeln wurde der wirtschaftlichen Abteilung vom Stadtrat ein Beitrag aus der Stadtkasse bewilligt.

Blinder Alarm. Gestern Vormittag ließ plötzlich eine Sirene ihre warnende Stimme ertönen. Es handelte sich nicht um einen Alarm, sondern, wie uns mitgeteilt wird, um eine Störung in der Leitung.

Arbeiterbildungsverein. Kommenden Montag, 11. Februar, abends 8 Uhr, findet im Hause des Vereins Wilhelmstraße 14 ein Vortrag mit Lichtbildern statt: „Von Riga zur Insel Oesel" Der Vortrag hat die letzten großen kriegerischen Unternehmungen im Osten vor dem Waffenstillstand zum Gegenstand. Der Besuch ist unentgeltlich, Gäste sind willkommen.

Ein Kammermusik-Konzert mit beachtenswert erlesenem Programm hat in diesen Tagen die Museumsgesellschaft ihren Mitgliedern geboten. Umrahmt von Kammermusik-Kompositionen, dem Beethovenschen C-moll-Quartett und dem Schubertschen „Forellenquintett" kamen durch den Pianisten Ludwig Kühn Chopinsche Klavierwerke und durch Hofopernsängerin Frl. Friedrich Lieder von H. Göh, Weimershaus und B. Sekles zu anregender Wiedergabe.

Musikalische Veranstaltungen. Ein Vortragsabend von Kompositionen des jungen Karlsruher Tondichters Arth. Kusterer findet unter Mitwirkung namhafter Kräfte am heutigen Samstag abend im Museumssaale statt. — Bruno Stürmer gibt morgen Sonntag vormittag ½12 Uhr wiederum eine volkstümliche Morgenfeier, die Schubert gewidmet sein wird.

Colosseum. Das gegenwärtige Spezialitätenprogramm, bei welchem „Romanis" mit der Posaune von Jericho eine besondere Anziehungskraft ausüben, ist nur noch bis mit 15. Februar auf dem Spielplan. Sonntag, 10 Februar, zwei Vorstellungen — nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Luxeum-Lichtspiele (Lu-Li). Das neue Programm ab heute bringt das große Filmwerk „Die Frau mit den Karfunkelsteinen" nach dem bekannten gleichnamigen Roman von E. Marlitt. Die Hauptrollen werden von Edith Meller und Erich Kaiser-Titz dargestellt. „Das Paprikaliebchen" ist ein zweiaktiges Lustspiel mit Rita Clermont in der Hauptrolle.

Neues vom Tage.

Weder Butter- noch Fleischmangel.

Ein Berichterstatter meldet: Gelegentlich eines Vortrages über Ernährungsverhältnisse in einem konfessionellen Dienstmädchen-Verein des Stadtteils Bockenheim in Frankfurt a. M. wurde eine zwanglose Rundfrage darüber angestellt, wie oft die Mädchen in der Woche bei ihren Herrschaften Fleisch erhalten. Dabei stellte es sich heraus, daß die Dienstboten in den vornehmen Haushaltungen des Westends noch täglich Fleisch bekommen, und zwar mehr, als ihnen wöchentlich durch Verordnung zusteht. Ein Mädchen berichtete, daß es bei seiner Herrschaft so viel Wildfleisch gäbe, daß man es kaum noch möge und es deshalb den Hunden mitverfüttere! Auch an Butter sei in den meisten Häusern kein Mangel, da die Bauernfrauen dieses kostbare Fett regelmäßig vom Lande in die Wohnungen brächten. Allerdings müsse man für das Pfund 15 Mark bezahlen. . . .

Der Bauernschreck. Seit Herbst vorigen Jahres verschwand den Bauern in einem Ort in der Nähe von Klagenfurt Vieh von der Weide; aus den Bauernhöfen verschwanden Mehl, Eier, Speck, ferner Schaufeln und anderes Werkzeug. Als der Winter kam, wurde den Bauern Vieh aus den Stallungen gestohlen. Auch Mühlen und Keller erhielten nächtliche Besuche. An einer abschüssigen Stelle bemerkte nun vor kurzem der Landjäger ein Erdloch. Er hielt sein Gewehr in das Loch und schrie hinein. Zur nicht geringen Ueberraschung kroch ein wohlgenährter Russe hervor, grinste und salutierte. Nach dessen Festnahme betrat der Landjäger das Innere der Erdhöhle. Das Dach bestand aus Latten und Tannenreisig, die Wände waren verkleidet, ein Strohsack war das Bett, auf einem Holzgestell befand sich Fleisch von fünf Schafen, ferner fand man 1 Ztr. Roggenmehl, Eier, Fett, Kleider, Kochgeschirr, Säge, Schaufeln, selbst ein Brotbackofen und Holz fehlte nicht.

Nürnberg, 7. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) Gestern abend ist auf Station Stein der Personenzug 1145 auf die Maschine des über die Einfahrtsweiche hinausstehenden Güterzuges 2567 aufgefahren. Etwa 10 Personen wurden leicht, drei oder vier schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Frankenthal, 5. Febr. Das Augenlicht eines jungen Menschen hat der Landwirt Heinrich Reinwald von Meckenheim auf dem Gewissen. Am 10. Juni ging er mit dem Jagdpächter Jakob Müller auf die Jagd. Die beiden Jäger trafen einige junge Burschen an, die nach Raben suchten, von den Genannten aber des Kirschendiebstahls verdächtigt wurden. Reinwald gab aus seinem Gewehr Schrotschüsse auf die in 6—8 Meter Entfernung stehenden Burschen ab. Während zwei davon Reißaus nahmen, wurde der Landwirtssohn Hermann Neubauer mit Schrot überschüttet. Außer sonstigen Verletzungen verlor der junge Mann die Sehkraft beider Augen. Reinwald hatte sich wegen dieser rohen Tat vor der Strafkammer zu verantworten, mit ihm auch sein Jagdgenosse, der ihn zum Schießen angestiftet haben soll. In dieser Hinsicht konnten jedoch keine Beweise erbracht werden, Müller wurde freigesprochen. Reinwald erhielt wegen schwerer Körperverletzung drei Monate Gefängnis, er hat aber außerdem noch für eine erhebliche Entschädigung der als Nebenklägerin erschienenen Mutter des erblindeten Jungen aufzukommen.

Lausanne, 7. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur. Der Regierungsstatthalter von Lausanne Jules Sachard wurde am Donnerstag morgen um 8 Uhr in seinem Büro tot aufgefunden. Es scheint, daß er von einem Unbekannten — es heißt von einem Orientalen — mit dem Revolver erschossen worden ist.

Briefkasten der Redaktion.

K. G. 100. Der Besuch einer öffentlichen politischen Versammlung ist an sich nicht verboten, doch steht das immer im Ermessen des betr. Vorgesetzten. Verboten ist nur die Betätigung für eine Partei.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Inseratenteil **Gustav Krüger**, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Auf zur Geldsammelstelle!

Grossherz. Hoftheater.

Spielplan vom 10. bis 18. Februar.

So., 10. im Hofth., nachm. 2 Uhr: „Max und Moritz", „Die Puppenfee", 2—¼5 Uhr; abends 7 Uhr: „Mignon"; im Konzerthaus: „Hans Huckebein", ½7—9. — Mo., 11. B. 36. „Polenblut" 7 bis n. ¾10. — Die., 12. im Hofth. A. 34. „Die Gärtnerin aus Liebe", 7 bis n. ¾10; im Konzerth.: „Im weißen Rößl", 7 bis n. 9. — Mi., 13. C. 34. „Der fliegende Holländer", 7 bis geg. 10. — Do., 14. A. 35. „Fahrende Musikanten", 7 bis n. ½10. — Fr., 15. C. 35. Zum erstenmal: „Der Augenblick", Lustspiel in 5 A. nach Goethe von Hermann Bahr, 7 bis geg. 10. — Sa., 16. 47. Sondervorst. (5. Vorst. mit Platzmiete für Schüler) „Kolberg", 7 bis geg. 10. — So., 17. im Hofth. B. 37. „Die Jüdin", ½7 bis 10; im Konzerth. Gastspiel von Konrad Dreher: „Die Spatzen am Dach", ½7—¾9. — Mo., 18. im Hofth. C. 36. „Baumeister Solneß", 7 bis n. ¾10; im Konzerth.: Dreher-Gastspiel: „Die blonden Mädeln vom Lindenhof", 7—¼10. — Am Mo., 11. beginnt der Hauseinzug der Platzmiete für das III. Vierteljahr. Im Gr. Theater in Baden-Baden: Sa., 16. Einmaliges Gastspiel von Konrad Dreher mit Gesellschaft. „Die Spatzen am Dach", Lustspiel von Max Neal und Max Ferner, ¼8—¼10. 2529

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"

Samstag, den 16. Februar 1918, abends punkt 8 Uhr, in der **„Gambrinushalle"** am Ludwigsplatz

Außerordentliche General-Versammlung

Tagesordnung:

„Nochmalige Wahl der Ortsgruppenleitung."

Die Mitgliedskarte von 1917 ist mitzubringen. 2522

Der Ausschuß.

Lebensmittel-Verteilung

in der

Woche vom 11. bis 17. Februar 1918.

I.

1. Teigwaren

½ Pfund zu 12 Pfg. für Wasserware und 17 Pfg. für Auszugware gegen die Marke A Nr. 79.

2. Kunsthonig

½ Pfund gegen die Marke B Nr. 79. Preis 75 Pfg. für ein Paket und 93 Pfg. für ein Pfund lose.

3. Saure Rüben

½ Pfund zu 10 Pfg. gegen die Marke C Nr. 79.

4. Zucker

300 gr gegen die Zuckermarke Nr. 79.

5. Eier

1 Stück gegen die Eiermarke A und B Nr. 79, Preis 32 Pfg.

Die Sammelmarken A und B Nr. 79 werden für je 5 Personen mit 3 Eiern eingelöst.

6. Fett

100 Gramm in sämtlichen Fettverkaufsstellen.

7. Kindernährmittel

½ Pfund auf Bestellung zum Preis von Mk. 1.— und als Zusatz 2 Pakete Zwieback zum Preis von je 25 Pfg.

8. Fleisch

225 Gramm (175 Gramm Fleisch und 50 Gramm Wurst).

9. Kartoffeln

7 Pfund gegen die Kartoffelmarke A Nr. 79 mit Anhang. Ferner für Schwerarbeiter weitere 8 Pfund gegen die Kartoffelzusatzmarken A und B Nr. 79.

Die Sondermarke Nr. 79 darf nicht mehr mit Kartoffeln eingelöst werden, sondern mit 250 Gramm Roggenbrot.

II.

Die Verteilung der Waren erfolgt nur in der Woche vom 41. bis 17. Februar 1918 einschließlich. Die Eier ab Donnerstag.

III.

Einlösungsstellen für Sondermarken (Krankenzusatz- und F-Marken) für die unter 1 bis 6 aufgeführten Lebensmittel:

Die städtischen Verkaufsstellen Kriegsstraße 80, Douglasstraße 24, die Filiale der Firma Pfannkuch u. Co., Rheinstraße 25.

für Fett ferner noch Karl Dietsche, Amalienstraße 29.

IV.

Frist für Abrechnung und Ablieferung der Marken: Mittwoch, den 20. Februar 1918. **Restbestände bleiben zu unserer Verfügung.**

V.

Für die Woche vom 18. bis 24. Februar 1918 sind zur Verteilung vorgesehen:

Grünkern oder Weizengries	½ Pfd.	Marmelade	1 Pfund
Knochenbrühwürfel	1 Stück	Kindernährmittel	½ Pfund
Dörrgemüse (Gelberüben)	50 Gramm	und 2 Pakete Zwieback.	
		Fleisch	
		Kartoffeln.	

Karlsruhe, den 9. Februar 1918. 2521

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die Aufnahme in die Volksschulen der Stadt Karlsruhe betreffend.

Auf Beginn des neuen Schuljahres werden die Kinder **schulpflichtig,** die bis zum **30. April d. J. das sechste Lebensjahr vollenden.**

Die Eltern oder deren Stellvertreter werden aufgefordert ihre schulpflichtigen Kinder (auch die zurzeit erkrankten) geboren in der Zeit vom 1. Mai 1911 bis 30. April 1912 (einschließlich) am

Montag, den 18. Februar 1918,

vormittags von 8 bis 12 Uhr oder nachmittags von 2 bis 4 Uhr, in einem der nachbenannten Volksschulhäuser anzumelden.

Bei der Anmeldung ist das religiöse Bekenntnis des Kindes anzugeben und auf Verlangen nachzuweisen.

Für **Kinder,** die **hier geboren** sind, ist der **Impfschein,** für **auswärts geborene** der **Geburtsschein** (Stammbuch) und der **Impfschein** vorzulegen.

Die Anmeldepflicht erstreckt sich auch

a. auf die Kinder, die Privatunterricht erhalten sollen;
b. auf die Kinder, die im Herbst in die Vorschule einer höheren Lehranstalt oder in eine Privatschule eintreten sollen;
c. auf die Kinder, die schwächlich und in der Entwicklung zurückgeblieben sind wenn sie auf 1 Jahr zurückgestellt werden sollen oder bereits einmal bezw. zweimal zurückgestellt worden sind;
d. auf die nicht vollsinnigen (taubstummen und blinden), die geistesschwachen, epileptischen und krüppelhaften Kinder.

a. Kinder, die Privatunterricht erhalten sollen, können vom Besuche der Volksschule befreit werden. Der Antrag auf Befreiung ist unter Anschluß der Nachweise darüber, daß das Kind mindestens den für die Volksschule vorgeschriebenen Unterricht erhalten werde, bei der Anmeldung beim Oberlehrer des betreffenden Schulhauses zu stellen.

b. Kinder, die **im Herbst** in die Vorschule einer höheren Lehranstalt oder in eine Privatschule eintreten sollen, wird auf schriftlichen Antrag der Eltern oder deren Stellvertreter durch das Volksschulrektorat bis dahin Nachsicht vom Besuche der Volksschule erteilt. Der Antrag auf Nachsichterteilung ist unter Angabe der Anstalt, in welche das Kind eintreten soll, bei der Anmeldung beim Oberlehrer des betreffenden Schulhauses zu stellen.

c. Für die Kinder, welche schwächlich oder in der Entwicklung zurückgeblieben sind, kann auf Antrag der Eltern oder deren Stellvertreter hinsichtlich des Anfangstermins der Schulpflicht Nachsicht erteilt werden. Bei der Anmeldung ist ein ärztliches Zeugnis vorzulegen, das sich für die Zurückstellung ausspricht. Die Entlassung aus der Volksschule erfolgt bei den um 1 bezw. 2 Jahre zurückgestellten Kindern jedoch erst an dem auf das vollendete 15. Lebensjahr folgenden Schuljahrsschluß.

d. Bei der Anmeldung taubstummer, blinder, geistesschwacher, epileptischer und krüppelhafter Kinder haben die Eltern oder deren Stellvertreter ein ärztliches Zeugnis vorzulegen und sich darüber zu erklären, ob sie

1. durch private Unterweisung oder
2. durch Unterbringung in einer Privat-Lehr- und Erziehungsanstalt ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Erziehung und Unterrichtung der Kinder nachzukommen beabsichtigen, oder
3. ob sie deren Aufnahme in eine staatliche Erziehungsanstalt beantragen.

Von der Anmeldung befreit sind nur diejenigen Kinder, welche zu **Beginn** des neuen Schuljahres (also **an Ostern 1918** — nicht im Herbst) in eine öffentliche (Seminarübungsschule) oder in eine von der Schulverwaltung auf Grund des § 133 des Schulgesetzes als Ersatz für die Volksschule genehmigte nichtstaatliche Lehranstalt eintreten werden.

Die Anmeldung erfolgt:

A. Für die Knabenschule:

1. in der Tullaschule I (Tullastraße): aus der Gegend östlich der Wolfartsweier-, Georg-Friedrich- und Parkstraße;
2. in der Karl-Wilhelmschule I (Karl-Wilhelmstraße 1): aus der Gegend nördlich der Kriegstraße zwischen Wolfartsweier-, Georg-Friedrich-, Parkstraße und Karl-Friedrichstraße;
3. in der Leopoldschule (Leopoldstraße 9): aus der Gegend zwischen Karl-Friedrich-, Krieg-, Fröbel- und Philippstraße;
4. in der Mühlburger Schule I (Hardtstraße 1): aus der Gegend westlich der Philippstraße;
5. in der Uhlandschule I (Baumeisterstraße 22): aus der Gegend südlich der Kriegstraße und östlich der Beiertheimer Allee und der Neuen Bahnhofstraße;
6. in der Lindenschule (Kriegstraße 118): an der Gegend zwischen Neuen Bahnhofstraße, Beiertheimer Allee, Krieg- und Fröbelstraße.

B. Für die Mädchenschule:

1. in der Tullaschule II (Tullastraße): aus der Gegend östlich der Wolfartsweier-, Georg-Friedrich- und Parkstraße;
2. in der Karl-Wilhelmschule II (Karl-Wilhelmstraße 1): aus der Gegend zwischen Georg-Friedrichstraße, Durlacher Allee, Kaiser- und Englerstraße;
3. in der Schillerschule (Kapellenstraße 1): aus der Gegend zwischen Engler-, Kaiserstraße, Durlacher Allee, Wolfartsweier-, Krieg- und Kronenstraße.
4. in der Lindenschule (Kriegstraße 118): aus der Gegend zwischen Kronen-, Krieg- und Ritterstraße;
5. in der Pestalozzischule (Erbprinzenstraße 18): aus der Gegend zwischen Ritter-, Krieg-, Lessing- und Riefstahlstraße;
6. im Gemeindehause der Weststadt (Blücherstraße 20): aus der Gegend zwischen Riefstahl-, Lessing-, Fröbel- und Philippstraße;
7. in der Mühlburgerschule II (Hardtstraße 3): aus der Gegend westlich der Philippstraße;
8. in der Uhlandschule II (Schützenstraße 35): aus der Gegend südlich der Kriegstraße und östlich der Beiertheimer Allee und der Neuen Bahnhofstraße;
9. in der Lindenschule (Kriegstraße 118): aus der Gegend zwischen Neuen Bahnhofstraße, Beiertheimer Allee, Krieg- und Fröbelstraße.

C. Für die Schulabteilungen der Stadtteile:

1. Rintheim
2. Rüppurr
3. Beiertheim
4. Grünwinkel
5. Daxlanden

} Knaben und Mädchen aus diesen Vororten.

D. Für die Knabenvorschule:

1. in der Karl-Wilhelmschule I (Karl-Wilhelmstraße 1);
2. in der Lindenschule (Kriegstraße 118);
3. in der Leopoldschule (Leopoldstraße 9).

E. Für die Töchterschule (Klasse I):

1. in der Schillerschule (Kapellenstraße 1);
2. in der Lindenschule (Kriegstraße 118);
3. im Gemeindehaus der Weststadt (Blücherstraße 20).

Eine Berechtigung für die Aufnahme in einem bestimmten Schulhause kann jedoch aus der Anmeldung in diesem Schulhause nicht abgeleitet werden, da für die Zuweisung der Schüler in die einzelnen Schulhäuser die Raumverhältnisse maßgebend sind.

Eltern oder deren Stellvertreter, die es verabsäumen, die ihrer Obhut anvertrauten schulpflichtigen Kinder zum Besuche der Volksschule anzuhalten, unterliegen der Bestrafung auf Grund des § 71 des Polizeigesetzbuches vom 31. Oktober 1863.

Karlsruhe, den 9. Februar 1918 2491

Das Volksschulrektorat.

Bekanntmachung.

Anmeldung für die Sophienschule betreffend.

Die Schülerinnen, die an Ostern 1918 in die Sophienschule eintreten wollen, haben sich am Montag, den 18. Februar, bei ihrem Klassenlehrer zu melden.

Die Frauenarbeitsschule (Sophienschule) hat den Zweck, schulentlassene Mädchen im Alter von 14—17 Jahren in weiblichen Handarbeiten auszubilden und ihnen dasjenige Wissen zu vermitteln, das der Berufs- und Geschäftskunde dienlich ist.

Der Unterricht umfaßt:

im 1. Jahreskurs: Weißnähen, Weißstricken und Flicken, Musterschnittzeichnen; Materialien- und Stoffkunde; Freihandzeichnen und Farbenlehre; gewerbliches und geschäftliches Rechnen; Geschäftsaufsätze und Buchführung; dazu kommt für die noch fortbildungspflichtigen Mädchen Haushaltungsunterricht = 37 Wochenstunden;

im 2. Jahreskurs: Buntstricken und Kleidermachen; Musterschnittzeichnen; Materialien- und Stoffkunde; Kostenberechnen; Freihandzeichnen und Farbenlehre; gewerbliches und geschäftliches Rechnen; Geschäftsaufsätze und Buchführung; Wirtschaftslehre und Bürgerkunde = 34 Wochenstunden.

Aufnahme finden nur Mädchen, die die 7. oder 8 Klasse der Volksschule durchgemacht und in Fleiß, Betragen **und** Handarbeiten die Note „gut" haben.

Für **hiesige** Mädchen ist der Unterricht unentgeltlich. **Auswärtige** Schülerinnen können nur **ausnahmsweise** (bei geringer Schülerzahl und genügendem Raume) aufgenommen werden; diese haben monatlich 2 Mk. Schulgeld zu zahlen.

Die Eltern oder deren Stellvertreter haben die Verpflichtung zu übernehmen, daß ihre Kinder die Schule **2 Jahre ununterbrochen** besuchen.

Ein Austritt vor Ablauf des oben bezeichneten Termins wird nur aus **triftigen Gründen,** z. B. Krankheit, Wegzug, besondere Familienverhältnisse, auf Antrag der Eltern vom Rektorat genehmigt werden.

Karlsruhe, den 9. Februar 1918 2492

Das Volksschulrektorat.

Danksagung.

Die Erben der verstorbenen Frau **Henriette Wittstätter** haben mir den Betrag von 5000 Mk. für die Ortsgruppe Karlsruhe des „Badischen Heimatdank", von 1500 Mk. für die städt. Hinterbliebenenfürsorge und von 500 Mk. für das städt. Altersheim überreicht. Für diese reichen Spenden spreche ich Namens der Bedachten den herzlichsten Dank aus.

Karlsruhe, den 8. Februar 1918. 2522

Der Oberbürgermeister.

Wie erhalte ich als Kriegsbeschädigter oder als Kriegerwitwe eine

Kapitalabfindung

an Stelle von Kriegsversorgung?

(Mit amtlicher Genehmigung.)

Zweite erweiterte Auflage.

Preis 70 Pfg., nach auswärts und ins Feld **10** Pfg. Porto.

Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24.

Junge Mädchen

im Alter von 14 Jahren finden auf Ostern oder früher Beschäftigung bei

F. Wolff & Sohn

G. m. b. H. 2414

Durlacher Allee 31/33.

Revolver, Pistolen Jagdflinten

kauft 2512

Levy, An- und Verkaufsgeschäft, **Markgrafenstr. 22.**

Lehrling

Sohn achtbarer Eltern, mit guter Schulbildung suchen gegen sofortige Vergütung 2519

Spiegel & Wels.

Arbeiter-Gesangverein in größerem Industrieort sucht tüchtigen

Dirigenten

Angebote unter Chiffre **1001** an die Geschäftsstelle des Volksfreund erbeten. 2516

Drucksachen fertigt an Buchdruckerei Volksfreund.

Küchenschrank

Mk. 40.—, Nachttisch Mk. 10.—, Küchentisch Mk. 10.—, Gaslüster Mk. 10.—, Galeriestangen sind billig zu verkaufen. 2530

H. Sonntag, Kommissionsgesch. Karl Friedrichstr. 19.

Gebrauchte Bücher

Romane, Kürschners Bücherschatz zu kaufen gesucht. 2531

H. Sonntag

Karl Friedrichstr. 19 (Laden).

Verkaufe Diwan, Sofa, Zimmer- u. Küchentische, fast neu. 2532

Essenweinstr. 42, Hth. 2. St.

Colosseum

Täglich abends pünktlich 8 Uhr
das hervorragende Spezialitäten-Programm.
Sonntag, den 10. Februar 1918, 2515
zwei Vorstellungen, 4 und 8 Uhr.

LULI
Luxeum-Lichtspiele
Kaiserstraße 168. Telefon 3985.

Die Frau mit den Karfunkelsteinen
Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von
E. Marlitt
In den Hauptrollen
Edith Meller und Erich Kaiser-Titz.

Das Paprikaliebchen
Lustspiel in 2 Akten mit *2528
Rita Clermont.

P. T. **Palast-Theater** P. T.
Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Ab Samstag
Erika Glässner
in 2527
Die Männerfeindin
Reizendes Lustspiel in 3 Akten.

Der Todessprung
Ein Roman in 5 Akten. Inszeniert von Eugen Illes.
Hauptdarsteller:
Sybille Smolowa
und Herr **von Antalffy.**

Unentgeltliche Geld- und Paketüberweisung
an kriegs- und zivilgefangene Deutsche
besorgt der
Bad. Landesverein vom Roten Kreuz.
Abteilung: 2472
Auskunftsstelle über Verwundete und Vermißte.
Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, Kronenstr. 24.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
mehrere tüchtige Werkzeugmacher, Dreher und Schlosser
und erbitten Angebote mit Gehaltsansprüchen und Angabe des frühesten Eintritts-Termines. 2520
Metallindustrie G. m. b. H. Bühl (Baden).

Pfänderversteigerung
Am **Mittwoch, 13. Febr. 1918, vorm. von 9 Uhr an** findet im Kassenlokal des Leihhauses: Schwanenstr. 6, 1. Stock, die
öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder
Nr. **7183** bis mit Nr. **8873**
gegen Barzahlung statt.
Das Versteigerungslokal wird ½ Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. 2438
Die Kasse bleibt am Versteigerungstage, sowie am Nachmittag des vorhergehenden Tages geschlossen.
Karlsruhe, 2. Febr. 1918.
Städt. Pfandleihkasse.

Hausbursche
stadtkundig, Radfahrer, event. auch weiblich, suchen 2518
Spiegel & Wels.

---

2. Schuh-Vortrag
Samstag Abend 8 Uhr in der **Turnhalle Haardtschule** von Frau **Luise Kautz** 2507 mit darauffolgender Anmeldung zu Kursen.
Badischer Frauenverein.

GALERIE MOOS
Kaiserstrasse 187
Sonderausstellung Walter Conz
Februar 1918
u. Werke v. Prof. Curt Liebich-Gutach, Haueisen, Fehr, Grimm, Ad. Martin u. a.
Neue Graphik:
Farbenholzschnitte
Radierungen. 1509

Brennholz-Verkauf. 2514
Verkauf nur nach Gewicht. Bitte genau auf Adresse und Telephonruf zu achten.
Buchen und eichen, gesägt, p. Ztr. M. 4.90
Buchen und eichen, gespalten, p. Ztr. M. 5.10
für alle Heizungen zum Strecken des Bedarfs von Kohlen und Koks verwendbar.
Tannen und Forlen, gesägt, p. Ztr. M. 5.90
Tannen und Forlen, grob gespalten, per Ztr. M. 6.10
Fein gespaltenes Anfeuerholz, p. Ztr. M. 6.80
ab Lagerplatz **Schlachthofstraße 13.**
Auf Wunsch zugeführt und ins Haus geschafft zum Selbstkostenpreis.
Ludwig Braun
Holzhandlung
Telephon Nr. 5222.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Aus guten Stoffen:
Schwarze
Tuchmäntel
Ripsmäntel
Jackenkleider
Röcke, Blusen
Unterröcke, Schürzen
Seidenmäntel
Seidenkleider
Seidenröcke
Seidenblusen
Tüllblusen
Voileblusen
Chiffonblusen
Ueberblusen 2456
— Keine Ladenspesen. —

Pflanzt Obstbäume
Spalierbäume in Aepfel, Birnen, frühe Pfirsich, Aprikosen, Mirabellen, Kirschen, Zwetschgen, Quitten, Joh.- und **Stachelbeeren** (busch- und hochst.). **Himbeeren, Brombeeren, Rosen** empfiehlt billig
Klotz, Baumschule, Bruchsal.

Kaiserstraße Nr. 143,
II. Obergeschoß ist eine **Wohnung** von 7 Zimmern, großem Vorplatz, Küche, Speisekammer, Bad, zwei Dachzimmern und abgetrennter Speicherkammer sofort zu vermieten. Näheres beim **städtischen Hochbauamt,** Karl-Friedrich-Straße Nr. 8, Zimmer Nr 169. 2441

Mandolinen u. Zithern
kauft 2513
Levy, An- und Verkaufs-Geschäft
Markgrafenstraße 22.

Residenz-Theater
Waldstrasse
Samstag bis einschliessl. Dienstag.
Hella Moja
in 2523
Die gute Partie
Lustspiel in 4 Akten.
Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk
Ausgabe des Bild- und Filmamt.
Als Einlage an den Werktagen
Wenn junge Herzen brechen
Drama in 3 Akten.

2521

Wir suchen sofort
mehrere **Hotelhausburschen**
„ **Gärtner** für Gemüsebau
„ **Melker und Fuhrknechte.**
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
(Städt. Arbeitsamt Karlsruhe)
Zähringerstraße 100. 2476

Kaufleute, Bauführer, Schachtmeister verschaffen sich
Verdienst
durch Anwerbung größerer und kleinerer
Arbeiterkolonnen
für große Baustelle Näheres bei 2474
Carl Brandt, Berlin W 9, Schellingstraße 7.

Dokumente zum Weltkrieg.

1. Das deutsche Weißbuch	0,35 M.
2. Das englische Blaubuch I	0,45 „
3. Das englische Blaubuch II	0,55 „
4. Das russische Orangebuch	0,35 „
5. Das belgische Graubuch	0,35 „
6. Das Gelbbuch Frankreichs I	0,55 „
7. Das Gelbbuch Frankreichs II	0,55 „
8. Das Gelbbuch Frankreichs III	0,45 „
9. Das österreichisch-ungarische Rotbuch	0,45 „
10. Das italienische Grünbuch I	0,55 „
11. Das italienische Grünbuch II	0,55 „
12. Das serbische Blaubuch	0,55 „
13. Das deutsche Weißbuch II, 1. Teil	0,55 „
14. Das deutsche Weißbuch II, 2. Teil	0,65 „
15. Das englische Blaubuch (Nachträge)	0,65 „
16. Aus dem belgischen Graubuch II (Nachträge)	1,— „

zu haben in der
Buchhandlung „Volksfreund"
Luisenstraeß 24. — Tel. 128.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebot. Wilhelm Riehn von Großstrellin, Maschinenarbeiter hier, mit Maria Mazgon von Penzberg.

Eheschließung. Wilhelm Herrmann von Blankenloch, Bäckermeister hier, mit Lina Gierich, geb. Gerhart, von Blankenloch.

Geburten. Rolf Stefan, V. Anton Landgraf, Expedient. Wilhelm Hugo, V. Julius Reinach, Monteur. Willi Theodor, V. Julius Bornemann, Schiffer. Viktoria Helga Carla, V. Dr. Wilhelm Koellreutter, Spezialarzt. Berta Maria, V. Martin Garrecht, Fuhrmann. Elsa Theresia, V. Wilhelm Schuler, Aufseher. Hedwig Mina, V. Karl Eckert, Mechaniker. Joseph, V. Joseph Kohler, Taglöhner. Eugen Friedrich, V. Heinrich Borth, Hausdiener. Elsa Frieda, V. Christian Gottlieb Zeiler, Küfer und Kübler.

Todesfälle. Anna Mayer, 67 J. alt, Witwe von Jakob Friedrich Mayer, Schneider. Cäcilie, 1 J. 11 Mon. 11 Tage alt, V. Heinrich Stopschinski, Friseur.